

RM Homfeldt begründet den Antrag der Mehrheitsgruppe. Dieser soll ein Zeichen an die Kommunalaufsicht sein, dass das Thema Haushaltskonsolidierung ernstgenommen wird. Mit Punkt 1 und 2 sollen Sofortmaßnahmen greifen, da akuter Handlungsbedarf besteht. Die Punkte 3 bis 5 stellen Prüfaufträge dar, welche als Diskussionsgrundlage bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2023 dienen sollen. RM Homfeldt betont, dass insbesondere die unter Punkt 5 des Antrags genannte Jugendsozialarbeit nicht in Frage gestellt oder gar gestrichen werden soll. Es geht lediglich darum, analog zum Kita-Vertrag, den Landkreis stärker an den Kosten zu beteiligen.

RM Borkenstein kritisiert, dass über den Antrag der Mehrheitsgruppe nun wieder so kurzfristig beraten und entschieden werden muss. Bei vielen Punkten, beispielsweise Kostenbeteiligung des Landkreises am RUZ, ist es eigentlich unerlässlich, vorher hierüber zu sprechen, um definieren zu können, was in welchem Fall eine angemessene Kostenbeteiligung bedeutet.

RM Just spricht sich im Namen der Freien Bürger für die Punkte 1,2, 4 und unter Punkt 5 im Fall der Jugendsozialarbeit des Antrags der Mehrheitsgruppe aus und stimmt den Ausführungen von RM Homfeldt zur Thematik der fairen Kostenbeteiligung des Landkreises an der Schul- sowie Jugendsozialarbeit unter TOP 9.1.1 zu.

RM Perdita Gunkel zitiert eine Passage aus dem Zukunftsprogramm der CDU-Stadtratsfraktion Schortens, welche die Wichtigkeit und Bedeutung der Kultur- und Vereinslandschaft in unserer Stadt betont und dessen künftige Unterstützung auch in finanziell schwierigen Zeiten versprochen wird. Vor diesem Hintergrund kritisiert RM Perdita Gunkel den Antrag der Mehrheitsgruppe. Aus Ihrer Sicht verunsichert dieses Vorgehen Vereine und ehrenamtlich Tätige, auch wenn es sich erst einmal nur um Prüfaufträge handelt. Gerade nach den schwierigen Jahren der Corona-Pandemie sollte Ihrer Meinung nach genau das Gegenteil, nämlich eine deutlich bessere Unterstützung der Vereine und des Ehrenamts stattfinden.

Es folgen Beiträge der Ratsmitglieder Wessel, Homfeldt, Burgenger, Ottens und Grimpe, welche alle noch einmal darauf hinweisen, dass es zunächst lediglich um Prüfaufträge geht und diese, aufgrund der Haushaltslage, unumgänglich sind. RM Burgenger vertritt die Meinung, dass vor dem Hintergrund der Krise der kommunalen Finanzen künftig an noch deutlich mehr Stellen auf Einsparpotenzial geprüft werden muss. RM Ottens gibt zu bedenken, dass auch Steuererhöhungen – beispielsweise Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer auf das Niveau einiger Nachbarkommunen – ein Mittel zur Haushaltskonsolidierung sein könnten. Dies würde jedoch alle Bürger direkt oder indirekt betreffen, weshalb die Überprüfung und ggf. Kürzung der freiwilligen Leistungen das geringe Übel darstellt.

Die Mehrheitsgruppe betont, dass die Vereine keinesfalls allein gelassen werden, im Gegenteil. Man sieht die angedachte Übergabe von Verantwortung an die Vereine durchweg positiv, denn dies bedeutet für sie mehr Freiheit und Flexibilität in der Gestaltung der Vereinsarbeit sowie der Bewirtschaftung und Betreuung der Gebäude.

BM Böhling erklärt seine Zustimmung zu den beantragten Prüfaufträgen, verdeutlicht gleichzeitig aber noch einmal die Wichtigkeit, die Vereine auch zukünftig zu unterstützen. BM Böhling unterstreicht darüber hinaus die Argumentation von RM Ottens bezüglich eventuell notwendiger Steuererhöhungen. Denn die Kommunen stehen immer am Ende der Nahrungskette, weitere Erhöhungen der Kreisumlage sind zu erwarten. Es ist unausweichlich, dass diese dann auch irgendwann an die Bürger\*innen der Stadt weitergegeben werden müssen, denn auch die Kürzung der freiwilligen Leistungen reichen bei Weitem nicht aus, um eine deutliche Verbesserung der Haushaltslage herbeizuführen.

RM Homfeldt bejaht die Frage von Herrn Pille vom Mühlenverein Accum, ob dem Stadtrat bekannt ist, dass der Mühlenverein Accum zu einigen Baumaßnahmen an z. B. der Windkappe oder Flügeln der Mühle, Gelder selbst erwirtschaftet und einbringt.

RM Kasig pflichtet dem Beitrag von RM Perdita Gunkel bei und erklärt zusammenfassend für die SPD-FDP-Gruppe die Zustimmung zu Punkt 1 und 2 des Antrags der Mehrheitsgruppe. Alle weiteren Punkte werden abgelehnt, da diese das Ziel verfolgen, die Vereine stärker zu belasten.

RM Bruns fasst zusammen, dass die Haushaltsthematik komplex ist und es auch nicht nur eine einzige Lösung für alle Probleme gibt. Er stimmt der These von RM Kasig, dies wird nicht der letzte Nachtragshaushalt im Jahr 2023 sein, zu. Er mahnt an, dass sich die Lage aber noch weiter verschlechtern wird, wenn jetzt nicht gehandelt wird. Für Kritisieren ohne zu Diskutieren oder Alternativvorschläge zu nennen, ist seiner Meinung nach keine Zeit.